

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

14. Sitzung – Rechtspolitischer Ausschuss

30. Oktober 2025 – 11:00 bis 11:50 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD)

CDU

Peter Franz
Hartmut Honka
Stefanie Klee
Marie-Sophie Künkel
Lucas Schmitz
Stefan Schneider

AfD

Markus Fuchs
Sandra Weegels

SPD

Tanja Hartdegen
Rüdiger Holschuh
Cirsten Kunz-Strueder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kaya Kinkel
Lara Klaes
Torsten Leveringhaus

Freie Demokraten

Marion Schardt-Sauer

Weitere Anwesende:

Minister Christian Heinz, Staatssekretärin Tanja Eichner, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

(Beginn des öffentlichen Teils 11:02 Uhr)

1. Antrag
Fraktion der AfD
Justizvollzug in Hessen für die Zukunft rüsten – Situation
der Beschäftigten verbessern, Arbeitszufriedenheit stärken,
Ausstattung optimieren
– Drucks. [21/2587](#) –

Zunächst begrüßt der **Vorsitzende** Frau Wilma Volkenand, Vorsitzende des Landesverbandes der Justizvollzugsbediensteten Hessen e. V., und eröffnet sodann die Aussprache.

Abgeordnete **Sandra Weegels**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben einen recht umfangreichen Antrag zu den Zuständen und Arbeitsbedingungen im Justizvollzug eingereicht. Naturgemäß hatten wir im Plenum nur fünf Minuten Redezeit je Fraktion, um darüber zu debattieren. Deswegen erlauben Sie mir, dass ich unseren Antrag im Einzelnen durchgehe und auch teilweise mit Beispielen versehe, um das Gewicht und die Notwendigkeit dieses Antrags noch einmal in besonderem Maße darzustellen.

Die Bediensteten des Justizvollzugs sind in einem Höchstmaß mit Fähigkeiten ausgestattet, um die Betreuung der Gefangenen und die ganzen Umstände im Justizvollzug zu bewältigen. Die Arbeit ist gefährlich, und man muss auch wissen, dass die Zahl der Inhaftierten steigt. Das heißt, der Justizvollzug wird in einem besonderen Maß durch die Auslastungen der einzelnen Justizvollzugsanstalten belastet.

Wir haben unter Ziffer 2 herausgestellt, dass die Insassen immer problematischer werden: Wir haben eine Betäubungsmittelproblematik, und die Insassen befinden sich ohnehin durch die Situation, inhaftiert zu sein, im Ausnahmezustand. Diese Ausnahmezustände münden häufig in Gewalt, und das ist dann natürlich auch für die Bediensteten gefährlich, die ständig vor neuen Herausforderungen stehen.

Hinzu kommt, dass auch die Zufriedenheit der Mitarbeiter mit den Arbeitsbedingungen in einem desolaten Zustand ist. Denn wir haben eine sehr niedrige Besoldung; das sieht man, wenn man sich anschaut, in welche Besoldungsgruppen die Justizvollzugsbeamten in Hessen eingruppiert sind und die Verschiebung der Besoldungserhöhung in diesem Jahr betrachtet.

Die Vielzahl der Justizvollzugsbeamten ist in den unteren Besoldungsgruppen eingruppiert und von der Verschiebung der Besoldungserhöhung besonders betroffen. Hinzu kommt, dass die Gitterzulage weiterhin nicht ruhegehaltfähig ist. Dazu kommen personelle Engpässe, der Sanierungsstau in den Liegenschaften und die wenig passende Ausstattung, die oft von den Bediensteten beklagt wird. Dies führt dazu, dass die Arbeitszufriedenheit sinkt und sinkt.

Wir haben einen geringen Freizeitausgleich, und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in diesem Kontext nur schwer möglich. Die Bediensteten berichten davon, dass sie in der Ferienzeit maximal zwei Wochen am Stück Urlaub nehmen können. Das ist, gerade, wenn den Erholungsurlaub betrifft, sicherlich nicht der Rahmen, der zugestanden werden soll.

Dazu haben wir Dienstpläne, die es nicht ermöglichen, dass die Pflege von Angehörigen abgebildet werden kann. Das heißt, was Familie und Beruf betrifft, sind wir in einem Zustand, der so nicht weiter tragbar ist.

Des Weiteren haben wir auch noch die Problematik mit den Ausbildungsstätten des Justizvollzugs. Wir sind der Meinung, dass es zum einen einer Ausbildungsoffensive bedarf, dass man den Beruf im Grunde genommen attraktiver macht. Dazu gehören aber alle Rahmenbedingungen, die ich eben auch schon kurz angerissen habe und auf die ich gleich noch weiter eingehe. Aber das H.B. Wagnitz-Seminar ist keine Ausbildungsstätte, die für das geeignet ist, was für die Auszubildenden des Justizvollzugs erforderlich wäre. Dort haben wir Seminarräume, die oft nicht für die Klassenstärke ausreichend sind. Wir haben eine Gemeinschaftsunterbringung von, ich sage einmal Quereinsteigern, die sich dann mit anderen Kollegen die Räumlichkeiten teilen müssen.

Wir haben ein Parkproblem, wir haben keine Schießstätte; wir haben Sportanlagen, die in keinem Zustand sind, dass man sagen könnte, dass sie einer modernen Ausbildung genügen. Dementsprechend sollte man hier entweder die Räumlichkeit überdenken oder eine neue Räumlichkeit errichten, die allen Bedürfnissen gerecht wird.

Zudem muss ich besonders zu den Liegenschaften auch noch etwas sagen. Ich kenne das von der Polizei, und ich habe auch eine Zeit lang im Bereich Liegenschaftsverwaltung gearbeitet. Die Polizei ist auch hier und da mit manchen Liegenschaften ein Stiefkind, aber beim Justizvollzug muss ich ganz platt sagen: Er toppt das alles noch, was da bei den Liegenschaften an desolaten Zuständen herrscht.

Dem ist so, das müssten auch alle hier im Raum wissen. Wir haben gerade in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III besondere Bedürfnisse. Eine umfassende Sanierung oder möglicherweise ein Neubau oder ein Weiterbau, oder was auch immer, wäre erforderlich.

Beim Sanierungsbedarf habe ich noch eine kleine Bemerkung zur Liegenschaftsverwaltung. Wenn wir davon reden, dass der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) für die Liegenschaften zuständig ist, weiß auch jeder, der den LBIH kennt – das gehört zur Wahrheit –, dass er bei Prestigeobjekten schon gestern mit den Maßnahmen fertig ist. Bei allen übrigen Objekten – das betrifft auch die Sicherheitsbehörden generell –, ist der personelle Zustand so, dass es einen sehr hohen Ausfall durch Krankheit gibt und den Terminen und Zusagen oft über Monate, fast schon Jahre, nicht nachgekommen wird. Deswegen muss auch hier ein Umdenken stattfinden und letztendlich muss geschaut werden, wie man die Verbesserung der desolaten Zustände priorisiert.

Des Weiteren haben wir die Situation mit der Gewalt in den JVA. Wir haben anstaltsinterne Sicherungsgruppen, die neben ihrem Regeldienst dafür sorgen, dass Ausnahmesituationen

professionell gelöst werden. Wir werben dafür, dass diese Bediensteten besser ausgestattet werden, in einem besonderen Maße, gerade auch was die Schutzausstattung betrifft. Uns wurde berichtet, dass bei der Schutzausstattung teilweise – was erst einmal grundsätzlich unproblematisch ist – alte Schutzausstattung von der Polizei übernommen wird. Das sehen wir nicht als Problem. Aber, wenn es dann daran scheitert, dass auf der Schutzausstattung „Polizei“ steht, und die Bediensteten das nicht nutzen dürfen, dann ist das fern jeder Vernunft. Man sollte diese Schutzausstattung erst einmal einfach nur nutzen, um den Beamten oder Bediensteten vor Ort einen Dienst zu erweisen.

Wir halten auch das DistanzElektrolimpulsGerät, DEIG, für erforderlich, damit man es in Ausnahmesituationen einsetzen kann. Das ist nicht nur unsere Idee. Ich denke, dass das auch teilweise von der Fraktion der FDP als zielführend erachtet wird und dass das auch aus den Reihen der Mitarbeiter kommt, dort ein Bedürfnis ist und nicht übergestülpt wird. Gerade hier ist es wichtig, dass der Fahrdienst und die Krankenhausüberwachungen damit versorgt werden.

Dann haben wir noch unter Punkt 9 die Freie Heilfürsorge als Wahlmodell eingefügt. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen bei den Bediensteten, aber gerade denen, die in den Ballungszentren ihren Dienst versehen, könnte das eine Erleichterung bringen. Sie würden das möglicherweise begrüßen. Es gibt auch andere Bundesländer, in denen es dieses Wahlmodell gibt, und das wird auch gerne angenommen.

Unter Ziffer 10 wagen wir einen Vorstoß und schlagen das JobRad-Modell vor, das im Grunde genommen ein Dienstrad-Leasing ist. Der Arbeitgeber sorgt mit dafür, dass der fehlende Parkraum, auch gerade in Frankfurt, dadurch kompensiert werden kann, dass die Mitarbeiter mit Fahrrädern zur Arbeit gelangen können. Am Ende hat man bei diesem Leasing-Modell und den „Subventionen“ durch den Arbeitgeber auch die Möglichkeit, das Fahrrad zu übernehmen bzw. zu kaufen; das als Anregung dazu.

Dann haben wir noch einige Punkte aufgeführt, bei denen es darum geht, dass man freiwillige Zusatzdienste, gerade auch in den anstaltsinternen Sicherungsgruppen, in besonderem Maße anerkennen und würdigen sollte. Gerade in dem Kontext sollte man Erschwerniszulagen prüfen und vielleicht einen Freizeitausgleich diskutieren.

Wir haben auch noch weitere Dinge, zum Beispiel die Homeoffice-Geschichte. Wenn die Bediensteten sagen: „Wir hätten gerne Homeoffice-Möglichkeiten“, dann kann man nicht platt sagen: „Ein Schließer kann nicht Homeoffice machen.“ – Denn es gibt so viele andere Bereiche im Justizvollzug, in denen das abgebildet werden kann.

Des Weiteren haben wir, da komme ich schon zum Schluss, den Ausbau und die Sicherstellung von Dienstsportangeboten gefordert. Nicht allen Bediensteten ist es möglich, das in Anspruch zu nehmen, sofern es Angebote gibt. Das heißt, man sollte dafür sorgen, dass das für alle möglich ist. Das dient der Gesunderhaltung und sollte in einem modernen Justizvollzug im Rahmen der Angebote da sein; das ist bei der Landespolizei ebenfalls so.

Dann ist da noch eine Sache, die unter Ziffer 13 Würdigung findet. Da geht es um die Angriffsentschädigung. Die Bediensteten warten teilweise unverhältnismäßig lange auf die Entschädigungen. Manche Dinge gehen etwas schneller, aber dieser Prozess läuft wohl in vielen Bereichen nicht so reibungslos, dass die Angegriffenen auch schnell zur Entschädigung kommen, wie uns zugetragen wurde; deswegen müsste das überdacht werden.

So viel, mit ein paar Beispielen gewürzt, erst einmal zu unserem Antrag, sodass man besser nachvollziehen kann, warum es wichtig ist, alle diese Dinge einmal aufzuführen und diesen Antrag so umfangreich werden zu lassen. Es zeigt zudem mehr als deutlich, was alles im Justizvollzug im Argen liegt. Deswegen sind das im Einzelnen alles Bausteine, die, wenn man sie angeht, ein Stück weit die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern zeigen. Dort arbeiten Menschen, die die Bevölkerung vor den Menschen schützen, die ihre Strafe in Haft verbringen und die auch nicht ungefährlich sind; ich habe das vorhin schon eindringlich ausgeführt.

Es bedarf eines Minimums an Wertschätzung, um vielen Dingen nachzugehen, die mittlerweile auch angegangen werden müssen, weil sie in einem so desolaten Zustand sind. Damit suggeriert man, dass man sieht, was im Justizvollzug geleistet wird. Wenn ich hier in die Runde schaue und auch die Debatten der letzten anderthalb Jahre sehe, dann muss man ganz klar sagen, dass immer wieder von der Wertschätzung des Justizvollzugs gesprochen wird, aber das muss sich auch in Maßnahmen abbilden, die nach und nach Anwendung finden müssen.

Wenn man in der Landesregierung nicht dafür sorgt, dass diese Missstände Stück für Stück behoben werden, dann helfen die ganzen wohlfeilen Worte nichts. Was bleibt bei den Mitarbeitern? – Es bleibt Frustration, es bleibt Resignation und es bleiben auch gesundheitliche Probleme.

Aber ich muss ganz klar wertschätzend herausstellen – und da gehört der Dank den Mitarbeitern, vielleicht auch über Frau Volkenand weitergegeben –, dass der Justizvollzug trotz all dieser Umstände irgendwie läuft: Die Menschen kommen morgens zum Dienst; sie sind dienstbeflissen, sie sind pflichtbewusst. Deswegen kann der Justizvollzug überhaupt nur laufen. Um das auch ein Stück weit zu belohnen, ist es einfach an der Zeit, dass man sich jetzt um die Dinge kümmert, die schon seit Jahren im Argen liegen. Allein die Dankbarkeit dafür sollte dazu führen, dass diese Runde unserem Antrag zustimmt.

Als man mir in der Debatte vorgeworfen hat, unser Antrag greife zu kurz, war ich etwas überrascht. Denn ich habe damals dargestellt, dass der Antrag eben nicht zu kurz greift, sondern sehr umfassend ist. – Ja, er enthält viele Prüfaufträge. Das tut er aber aus dem Grund, der Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen die Möglichkeit zu lassen, zu schauen: Was ist notwendig? Wo pressiert es? Was gehen wir zuerst an, und was ergibt in welcher Reihenfolge wie viel Sinn? – Damit bin ich mit meinen Ausführungen am Ende.

Abgeordnete **Marion Schardt-Sauer**: Wir hatten uns aufgrund der Großen Anfrage der FDP-Fraktion bereits im limitierten Zeitraum während des Plenums mit der Situation in diesem wichtigen Bereich beschäftigt. Ich möchte eines vorab sagen, auch fürs Protokoll: Die Kollegin fragte eben zurecht – und es ist nach wie vor unklar –, ob diese Thematik insgesamt nicht besser im

Unterausschuss Justizvollzug aufgehoben wäre; ich zumindest denke das. Wir werden das hier nicht klären, aber es ist mir nach wie vor nicht ganz zugänglich, warum man das nicht dort machen kann. Das aber einmal als Appell an alle Fraktionen, dass man darauf vielleicht ein Auge hat.

Jetzt diskutieren wir über dieses wichtige Thema, und uns ist das Thema sehr wichtig, wir sind da mit dem Instrument der Großen Anfrage herangegangen. Darüber ist im Plenum am 11. September 2025 diskutiert worden, und auch jede Fraktion hat im Rahmen ihrer fünf Minuten Redezeit Dinge hinterlegen können. Jetzt haben wir noch zusätzlich einen Antrag der Fraktion der AfD, der auch berechnete Probleme benennt. Ich denke, das kann die anwesende Vorsitzende der Gewerkschaft, Frau Volkenand, bestätigen.

Aber ich nehme für uns in Anspruch, dass wir daran mit der Großen Anfrage ein bisschen vielschichtiger herangegangen sind. Wir haben sie gestellt, um Potenzial, Futter und Informationen für unsere weitere politische Arbeit zu bekommen. Aber dieser Antrag repräsentiert aus unserer Sicht keine tragfähigen Lösungen. Sicher ist unbestritten, dass der Justizvollzug am Limit ist. Viele Dinge sind in den Ausführungen, aber auch im Antrag selbst benannt: Überbelegung, Sanierungsstau, die besondere Situation in den verschiedenen Anstalten in Frankfurt und auch in Wiesbaden. Wir brauchen sicherlich neue Haftplätze und bessere Arbeitsbedingungen im Rahmen dessen, was möglich ist; das ist immer das Spannungsverhältnis in den parlamentarischen Realitäten.

Das Problem ist aber nicht – die ersten Einschätzungen in den Antworten bestätigen das – die Quantität, sondern es ist auch eine Frage der Arbeitskultur, der Schichten und restriktiver Home-office-Regelungen. Eine grundsätzliche Herangehensweise durch ein Ticket oder dieses oder jenes löst das nicht; das wäre uns zu kurz gesprungen. Denn es hat meistens auch strukturelle Ursachen, wenn insbesondere neue Kräfte gehen und andere Arbeitgeber flexibler sind und andere Grundeinstellungen haben. Das ist nicht nur das Fahrrad – es ist das Gesamtableau. Das greift uns zu kurz.

Vor allen Dingen ist aber der Punkt: Wir nehmen auf der anderen Seite im Unterausschuss und in den Berichten, die uns die Staatssekretärin erteilt, zunehmend wahr – die Kollegen, die nicht deckungsgleich in den Ausschüssen sitzen, mögen es mir nachsehen –, dass sich das Gefangenbild natürlich sehr verändert hat und auch weiter verändert; ich formuliere das einmal so ganz untechnisch. Das ist eine große Herausforderung für die staatliche Gewalt, die den Auftrag hat, mit den Akteuren einen angemessenen Strafvollzug zu gewährleisten.

Die Herausforderungen sind jetzt auch sicherlich andere als vor 20 Jahren – das mit der Ausbildung ist bei mir schon länger her –, die Resozialisierung hatte damals andere Randbedingungen, es gab eine andere Straftäterkultur als heute. Da fehlen Infrastruktur und Fachpersonal oder die Befähigung oder Unterstützung des Personals im Vollzug dafür. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und ehrlich gesagt: Mehr Schutzhelme helfen da nicht. Das bringt nichts. Das bekämpft die Symptome, aber nicht die Ursachen.

Wir Freie Demokraten sagen ein bisschen aktionistisch: Der Auftrag der Resozialisierung, der aus unserer Sicht dem Strafvollzug immanent sein sollte, ist manchmal auch frustrierend und birgt

nicht immer nur Erfolgserlebnisse. Trotzdem sollte eine offene demokratische Gesellschaft immer diese Resozialisierungsgedanken haben. Aber, wie gesagt, die Rahmenbedingungen fehlen dafür. Der Antrag der Fraktion der AfD strahlt reine Sicherheitslogik aus: Was brauche ich, um alle unversehrt eingesperrt zu halten? – Ich spitze es jetzt einmal ein bisschen zu. Das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend, vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die die Strafgefangenen selbst stellen: Ich glaube, das wird sich auch noch in einem rasanten Tempo weiterbewegen.

Da haben wir eine Fürsorgepflicht gegenüber unseren Mitarbeitern. Was dazu darin steht, ist uns zu wenig. Wie gesagt, wir könnten uns – auch nach unserer Großen Anfrage – einen Vollzugsentwicklungsplan vorstellen. Ja, die psychologische Versorgung ist wichtig. Der Kernauftrag, der einmal bestand, unterliegt aber vielleicht auch dem Faktenzwang – so nennt man das heutzutage – von Sicherheit und Resozialisierung. Wie man sich dem stärker annähern könnte, zeigen uns die Rückmeldungen und Informationen, die wir im Austausch mit den Akteuren der Gewerkschaften erhalten, wofür wir sehr dankbar sind, aber auch die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage. Vielleicht muss man auch – konstruktiv gemeint – am einen oder anderen Punkt einmal einen Blick auf die anderen Bundesländer richten. Darin steckt für uns ein bisschen mehr Arbeit als allein dieser Antrag. Wie gesagt, er benennt die Probleme richtig, aber springt damit nach unserer Ansicht zu kurz. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

Abgeordnete **Sandra Weegels**: Frau Schardt-Sauer, vielen Dank für Ihre Ausführungen zu unserem Antrag. Auch vielen Dank, dass Sie seinerzeit die Große Anfrage gestellt haben. Ich denke, das war ein gutes Zusammenspiel: Ihre Große Anfrage und dann unser Antrag hinterher. Unser Antrag unterscheidet sich aber im Wesentlichen dadurch, dass wir nicht nur Fragen stellen, sondern dass wir auch Forderungen aufstellen. Eben habe ich etliche Forderungen aufgelistet, da kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie von nicht tragfähigen Lösungen sprechen.

Wenn ich am Ende die Landesregierung auffordere, für den Abbau des Sanierungsstaus zu sorgen, dann muss sie entscheiden, ob sie das umsetzen wird. Wie soll das denn weiter gefasst werden? Wenn ich mich hier über die Arbeitszufriedenheit auslasse, dann sind das die Rahmenbedingungen, damit die Mitarbeiter letzten Endes bessere Arbeitsbedingungen haben. Für die Arbeitszufriedenheit, die daraus resultiert und die wir auch konkret an allen möglichen Punkten fordern, ist das JobRad-Modell nur ein kleines Schmankerl am Rande, das denkbar wäre. Am Ende habe ich dann doch, was den Resozialisierungsgedanken betrifft, gegenüber den Inhaftierten viel bessere Umstände.

Ich weiß nicht, warum man das nicht erkennen will. Es mag an unserer Parteifarbe liegen, dass man sagt: „Generell kann man der Fraktion der AfD nicht zustimmen.“ Nichtsdestotrotz sind die Maßnahmen schon sehr konkret, die wir hier aufgelistet haben: Wir beschreiben die Zustände, wir stellen die Dinge fest, wie Sie nun einmal sind, darin sollten wir uns am Ende auch eigentlich alle einig sein, und dann stellen wir Forderungen auf. Ich denke, dass unser Antrag da sehr schlüssig ist.

Bezüglich der Zuständigkeit des Unterausschusses Justizvollzug. Er tagt nicht öffentlich, und ich denke, das wird auch so bleiben. Wenn wir diese Themen diskutieren, sollten wir auch die Möglichkeit haben, die Öffentlichkeit herzustellen. Unabhängig davon, ob Frau Volkenand nun Gast sein möchte oder nicht, muss man die Dinge in der Öffentlichkeit besprechen können. Deswegen war für mich klar, dass es im Rechtspolitischen Ausschuss besprochen wird. Wenn das jetzt anders gehandhabt und es im Unterausschuss Justizvollzug besprochen werden soll, sehe ich das als unschädlich an. Denn es sitzen nahezu die gleichen Vertreter im Rechtspolitischen Ausschuss wie im Unterausschuss Justizvollzug. Dabei möchte ich es erst einmal belassen.

Abgeordnete **Tanja Hartdegen**: Wir beschäftigen wir uns nun zum zweiten Mal mit diesem Antrag. Wir haben ihn schon im Plenum öffentlich diskutiert. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, wenn wir immer wieder in der Öffentlichkeit erklären, wie schrecklich alles im Justizvollzug ist. Dadurch werden wir sicherlich kein neues Personal gewinnen.

An dieser Stelle möchte ich auf jeden Fall erst einmal dem Personal, den Mitarbeitenden in den Anstalten, ganz herzlich für die Arbeit danken, die sie dort tagtäglich tun, die sie auch für unsere Sicherheit tun und die sie sicherlich nicht immer unter den besten Umständen tun. Seien Sie sicher, dass wir als regierungstragende Fraktionen und auch die Regierungsmitglieder selbst, insbesondere Frau Eichner, regelmäßig in den Justizvollzugsanstalten sind und mit den Mitarbeitenden sprechen und dass wir das, was dort kritisch ist, sehr gut kennen. Dazu brauchen wir keinen Antrag der Fraktion der AfD.

Wir haben schon im Plenum ausgiebig darüber diskutiert, dass viele Dinge, die angesprochen wurden, längst im Werden sind; dass man Justizvollzugsanstalten, die sicherlich erheblichen Sanierungsbedarf haben, natürlich nicht innerhalb eines halben Jahres sanieren kann und dass das alles nicht so funktioniert, wie sich das manch einer vielleicht wünscht oder vorstellt. Gerade unter den gegebenen Umständen müssen wir Schritt für Schritt gehen – Sie haben eben selbst gefordert, Schritt für Schritt zu gehen. In den letzten Jahren ist schon sehr viel gemacht und auf den Weg gebracht worden. Seien Sie sicher, dass wir auch ohne Ihren Antrag diesen Weg weitergehen und dass es auch in Zukunft zu Verbesserungen kommen wird. Ansonsten verweise ich auf meine Ausführungen im Plenum. Das kann man alles im Protokoll nachlesen.

Abgeordnete **Lara Klaes**: Vielleicht eine Vorbemerkung. Ich glaube, dass man, wenn wir nicht über Petitionen sprechen, rein theoretisch auch im Unterausschuss Justizvollzug die Öffentlichkeit beantragen kann.

Bei der Debatte im Plenum dazu hat meine Kollegin Katrin Schleenbecker gesprochen. Aber vielleicht noch einmal ganz kurz: Wir sollten keine Schuldzuweisungen betreiben, dass die Landesregierung nichts macht, dass wir uns nicht dafür interessieren oder dass sich das Ministerium nicht dafür interessiert. Ich glaube, uns allen ist bewusst, was täglich in den Justizvollzugsanstalten passiert, dass sich die Bedingungen natürlich verändert haben und dass sich die Gefahrenlage verändert hat.

Ich glaube, alle machen sich Gedanken, was es braucht, um die Justizvollzugsanstalten auszugestalten und zu modernisieren. Zur Wahrheit, wenn wir über die Modernisierung von den JVA sprechen, gehört auch: Dafür braucht es Geld – vor allem um die Gebäude zu sanieren. Es gibt eine Partei, die sich enthalten oder dagegen gestimmt hat, dass wir Schulden aufnehmen. Dieses Geld ist nämlich auch für diese Einrichtungen von Nutzen und sinnvoll.

Andere Kollegen haben es bereits gesagt. Auch ich glaube, es hilft nicht, auf der populistischen Bühne Gefangene und Bedienstete gegeneinander auszuspielen. Wir müssen für die Bediensteten das Beste herausholen, sodass die Bedingungen besser werden, damit sie sich sicher fühlen, damit sie gut bezahlt und gut behandelt werden. Gleichzeitig müssen wir auch überlegen, und das kommt in Ihrem Antrag gar nicht vor: Wie gehen wir denn mit den Gefangenen um, die Neues mitbringen, wenn sie andere Auffälligkeiten hervorbringen? Wie sollen sich die Justizvollzugsanstalten darauf einstellen? Da fehlt mir die Wertschätzung der Gefangenen, auch sie haben ein Recht auf faire Behandlung in den JVA. Ich verweise auf die Rede meiner Kollegin. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Abgeordnete **Marie-Sophie Künkel**: Ich kann mich erst einmal den Ausführungen meiner Kolleginnen Klaes und Hartdegen vollumfänglich anschließen und möchte gerne zwei oder drei Ergänzungen vornehmen. Zunächst einmal ist, glaube ich, unstrittig, dass wir alle die Belange der Bediensteten ernst nehmen. Es wurde schon gesagt: Man erkennt dies auch daran, dass Frau Staatssekretärin Eichner regelmäßig in den JVA unterwegs ist und wir, unter anderem, auch ganz viele Gespräche mit ihnen führen. Die Rahmenbedingungen wurden gerade auch von der Kollegin Klaes angesprochen. Ich glaube, wir alle wünschen uns, dass wir, gerade auch in finanzieller Hinsicht, ein bisschen mehr – ich nenne es jetzt einmal – aus dem Vollen schöpfen, und Dinge schneller und auch effizienter umsetzen könnten.

Dass sich die Haftrahmenbedingungen und die Gefangenen verändert haben und der Umgang vielleicht schwierig ist, leuchtet, glaube ich, jedem hier im Raum ein. Ich will aber einmal zwei oder drei Sachen herauspicken und erwähnen, weil ich nicht stehen lassen möchte, dass der Justizvollzug und das, was die Landesregierung hier leistet, tatsächlich so schlecht dasteht. Deswegen: Es gibt eine ständige Qualifizierung, eine ständige Weiterbildung durch Fort- und Weiterbildungsangebote, die die Bediensteten wahrnehmen können, die dann natürlich auch berücksichtigen, dass sich beispielsweise die Gefangenen verändern.

Es gibt die Möglichkeit, sieben Jahre früher in den Ruhestand einzutreten. Es gibt ständig neue Schulungen, beispielsweise werden Zugriffsstandards neu geschult; es gibt Neu- und Ersatzbeschaffungsmaßnahmen.

Auch hinsichtlich der JVA wird einiges gemacht: Die Grundsanierung in der JVA Kassel I; die Grundsanierungen in der JVA Butzbach, Darmstadt und Frankfurt am Main III – da waren wir auch mit der Staatssekretärin Eichner. Es wird wirklich so viel gemacht, und die Belange der Bediensteten werden ernst genommen.

Dass wir nicht zaubern können bzw. dass die Landesregierung nicht zaubern kann, gerade mit den vorausgesetzten Rahmenbedingungen, leuchtet jedem ein. Ich finde den Weg genau richtig, den die Landesregierung, aber auch die regierungstragenden Fraktionen mit der Unterstützung einiger anderer Fraktionen hier gehen, dass man im regelmäßigen Austausch bleibt, dass man unter den Rahmenbedingungen und mit den Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, eine stetige Verbesserung für die Justizvollzugsbediensteten erreicht. Ich finde, das ist genau der richtige Weg.

Da möchte ich an Frau Kollegin Klaes anknüpfen. Populistische Anträge, die einfach irgendetwas in den Raum stellen, dass der vergangene Weg schlecht ist und man einen anderen Weg gehen sollte, ohne einen konkreten Weg darzulegen, bringen uns nicht weiter. Deswegen werden wir, wie wir das auch im Plenum ausgeführt haben, dem Antrag nicht zustimmen.

Abgeordnete **Sandra Weegels**: Was ich mehrfach gehört habe, ist, dass das ein populistischer Antrag sei. Ich weiß nicht, wer von Ihnen diesen Antrag wirklich dezidiert gelesen hat. Ich muss das jetzt wirklich infrage stellen; denn da sind am Anfang Zustandsbeschreibungen, und dann kommen die Forderungen. Das ist kein Populismus, das ist das, was die Bediensteten mitteilen. Sie müssten aus den Gesprächsrunden, die Sie alle mit den Bediensteten des Strafvollzugs hatten, doch auch wissen, was da los ist. Keiner bezieht hier wirklich Stellung zu dem Antrag. Es wird einfach grob drübergewischt und gesagt: „Nein, nein, es wird doch schon so viel gemacht.“ – Ja, es wird viel gemacht, aber es ist so lange liegen geblieben, dass man sich jetzt schwer dahinter verstecken kann, zu sagen: „Wir machen aktuell so viel.“ – Ja, es bedarf aber noch viel mehr.

Wenn wir dann in Richtung Haushalt schauen, sehen wir, wir setzen die falschen Schwerpunkte. Das ist ganz einfach; aber das ist ein anderes Thema, das müssen wir woanders debattieren. Die Gelder für die Sicherheitsinfrastruktur müssen da sein. Dafür müssen wir etwas tun.

Wenn wir im Innenausschuss Innenstadtoffensiven besprechen, bei denen wir Festnahmen und möglicherweise auch Strafverfahren haben, und die Straftäter dann nach einem ordentlichen Verfahren für etliche Jahre in Justizvollzugsanstalten verbracht werden, dann muss klar sein, dass sich dort Dinge ändern müssen und dass man dort die Vorkehrungen getroffen und die Bedürfnisse gestillt haben muss. Wenn man auf der einen Seite nach außen ausstrahlt: „Wir machen Innenstadtoffensiven“, dann müssen wir auf der anderen Seite, auch die Struktur dafür haben, sämtliche andere Maßnahmenpakete abzubilden und auch bis zum Ende durchzuexerzieren. So ist das nun einmal.

Hier geht es nicht, das stelle ich noch einmal heraus, um die Insassen – es geht um die Bediensteten. Es geht nicht um die Eier legende Wollmilchsau, sondern es geht um die Bediensteten und die Bedürfnisse der Bediensteten; darum geht es und um nichts anderes. Ich habe nicht gesagt, dass die Landesregierung nichts macht. Ich habe das Gegenteil in der Debatte herausgestellt: Ich habe sehr wertschätzend in Richtung des Justizministers und der Staatssekretärin gesagt, dass in allen Ehren gesehen wird, dass sie im Sommer eine Tour durch die

Justizvollzugsanstalten machen und sich dabei für die Belange der Bediensteten interessieren; das habe ich herausgestellt.

Ein populistischer Antrag ist dies hier nicht, weil er viel zu viele konkrete Forderungen hat. Am Ende führt das alles nicht dazu, schlechte Werbung für den Justizvollzug zu machen – wie mir Frau Hartdegen vorgeworfen hat –, sondern es geht darum: Wir müssen die Probleme ansprechen – damit haben die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen sowieso hier und da Probleme –, an die Ursachen gehen und dann am Ende zu einem guten Ergebnis kommen. Darum geht es in diesem Antrag. Danach können wir in eine Werbeoffensive einsteigen und sagen, was wir alles Tolles für den Justizvollzug gemacht haben – bedeutet: Er ist ein attraktiver Arbeitgeber, bitte kommen Sie zu uns, und werden Sie hier Bediensteter. Das ist das Ziel dieses Antrags, und dabei möchte ich es auch bewenden lassen.

Minister **Christian Heinz**: Ich möchte hervorheben, auch ich bin regelmäßig in den Justizvollzugsanstalten – genau wie die Mitglieder des Unterausschusses und sicherlich auch des Rechtsausschusses. Zuletzt war ich gestern in der Jugendarrestanstalt in Gelnhausen; aber das war nur eine von vielen Begegnungen.

Vieles ist von den Fraktionen zutreffend herausgestellt worden. Der Dienst in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD), ist herausfordernd. Das weiß jeder, der sich damit beschäftigt. Das ist Schichtdienst, das ist Präsenzdienst, das geht auch nicht anders als in Präsenz. Trotzdem wird auch in den Anstalten mobiles Arbeiten ermöglicht, soweit es möglich ist. Die entsprechende Vereinbarung ist gerade abgeschlossen worden, das hat Frau Staatssekretärin Eichner vor, ich glaube, einer Woche unterzeichnet. Wir tun auch dort, was wir tun können, und verschließen uns neuen Dingen nicht.

Der AVD ist im Regelfall mittlerer Dienst. Zwar können alle Bediensteten irgendwann das Endamt der Laufbahn erreichen, aber natürlich hat der mittlere Dienst im Rhein-Main-Gebiet ein auskömmliches Gehalt, auch im Vergleich zu anderen Tätigkeiten mit ähnlicher Ausbildung. Das muss man auch sehen.

Ich habe mit vielen gesprochen, die neu hinzugekommen sind. Sie haben mir ausdrücklich bestätigt, dass sie vorher in ihren Ausbildungsberufen netto nicht mehr verdient haben, zum Beispiel die, die aus dem Einzelhandel und anderen Bereichen kommen, und das gehört auch zur Wahrheit; es gibt auch noch eine andere Realität, außerhalb des öffentlichen Dienstes. Der mittlere Dienst ist relativ wenig, wenn Sie ihn mit anderen Laufbahngruppen vergleichen, aber in der sonstigen Welt und der Wirtschaft gibt es sehr viele Berufsgruppen, die auch im Rhein-Main-Gebiet zu ähnlichen und schlechteren Nettogehältern tätig sind. Auch das habe ich da einige Male gehört.

Neben vielen Herausforderungen gibt es auch einige Vorzüge. Frau Künkel hat unter anderem genannt, dass man sieben Jahre früher als andere – die berühmte Krankenschwester – abschlagfrei in Pension gehen kann. Das kann jemand, der in der Pflege im Krankenhaus oder anderswo

als Angestellte arbeitet, so nicht; im Übrigen auch zu einer deutlich geringeren Altersversorgung. Die private Krankenversorgung plus Beihilfe ist auch kein ganz so schlechtes Paket.

Wir als Regierung haben ganz bewusst einiges auch direkt zu Beginn der Wahlperiode gemacht. Die Erhöhung der Gitterzulage und der Vollzugszulage Polizei war eine der allerersten Maßnahmen, die wir in der gesamten Regierung überhaupt getroffen haben, auch als der Haushalt schon angespannt gewesen ist.

Sie haben das Wagnitz-Seminar angesprochen. Das ist mir auch etwas zu vereinfacht, zu sehr holzschnittartig. Am Montag waren einige, niemand von Ihrer Fraktion, aus dem Landtag zugegen, als die neue Leiterin dort von mir in ihre Tätigkeit eingeführt worden ist. Sie war zuvor schon viele Jahre lang im brandenburgischen Justizvollzugsdienst tätig. Auch sie hat mir bestätigt, dass sich eine Ausbildungsstätte wie unsere nicht zu verstecken braucht. Man kann da vieles sanieren, und wir arbeiten auch fortlaufend an allen Liegenschaften.

Dankenswerterweise ist eben auch genannt worden, dass wir Kassel, Butzbach und Frankfurt fortlaufend sanieren. Das ist leider nicht immer so einfach, wenn es um die Belegung mit Gefangenen geht, und man das flügel- und abschnittsweise machen muss. Wir haben keine leer stehende Anstalt, in die immer eine JVA umziehen kann, wir sie sanieren, und dann zieht sie zurück, wie man das mit Bürogebäuden oder zum Beispiel mit dem Gericht in Frankfurt-Niederrad machen kann. Vielmehr birgt das immer besondere Herausforderungen.

Auch das Wagnitz-Seminar ist sicherlich etwas in die Jahre gekommen; es wird auch immer wieder ertüchtigt. Aber es ist im Ländervergleich, wie ich ganz frisch aus dem Kreis der Verantwortlichen erfahren habe, bei Weitem keine schlechte Fortbildungsstätte. Im Gegenteil: Viele sind auch sehr gerne dort. Es ist ursprünglich einmal ein Erholungsheim für Kaufleute in Wiesbaden gewesen. Allein seine Lage und auch sonst seine Ausstattung müssen sich aus meiner Sicht wirklich nicht verstecken.

Frau Schardt-Sauer hat dankenswerterweise die fortlaufende Herausforderung angesprochen, die wir immer wieder herausgearbeitet haben. Sie haben vollkommen recht: Das Gefangenenbild ändert sich. Die Zahl der Suchterkrankungen wird immer mehr, die psychischen Auffälligkeiten, Gefangene müssen substituiert und erst einmal soweit wie möglich zu einem Entzug gebracht werden, sodass sie dann überhaupt richtig vollzugstauglich sind und an den dortigen Angeboten und Therapien teilnehmen können.

Dieser Anteil steigt immer weiter, und die Gefangenen haben auch zunehmend ihre ursprünglichen Wurzeln nicht mehr in Hessen und in Deutschland, was auch sprachliche Herausforderungen mit sich bringt – bis dahin, dass einzelne Gefangene keinerlei soziale Kontakte in der näheren Umgebung haben. Darauf gehen wir aber inzwischen auch ein und ermöglichen Videobesuche oder -kontakte, natürlich unter Aufsicht, damit noch ein Rest an sozialen Kontaktmöglichkeiten bleibt.

Wir haben eine Seitwärtsbewegung. Frau Weegels, Sie haben auch eingangs gesagt, die Zahlen würden immer weiter steigen. Das stimmt für die jüngere Vergangenheit so nicht mehr. Wir hatten

in den Coronajahren und danach einen Anstieg der allgemeinen Kriminalität. Derzeit haben wir eine Seitwärtsbewegung. Wir haben derzeit eine Verschiebung in der Belegung; wir haben mehr U-Haft und etwas weniger Strafhäft. Das ist die Grundtendenz, wir pendeln derzeit um 4.300 herum, ein paar mehr, ein paar weniger in der Belegung, über alles hinweg.

Noch einmal, ich wiederhole es bei vielen Gelegenheiten, für alle, die glauben, es wird alles immer schlimmer, und die Kriminalität nimmt immer weiter zu. Wir hatten vor 30 Jahren, in den Neunzehnhundertneunzigerjahren, in den hessischen Haftanstalten eine Belegung von 6.300 bis 6.400, also 50 % mehr. Auch die Kriminalität insgesamt nimmt nicht immer nur zu, auch wenn man das in manchen bunten Meldungen liest.

Die Kriminalität geht in Wellen, sie hat zuletzt zugenommen, das fordert unsere Strafjustiz auch sehr. Aber in der Langzeitbetrachtung ist es nicht so, dass Deutschland in immer größerer Kriminalität ertrinkt und beispielsweise die Neunzigerjahre eine heile Welt gewesen sind. Damals hatten wir mehr Straftaten, die am Ende auch zu einer Verurteilung geführt haben.

Dann wurden noch sehr viele Fragen aus dem Beamtenrecht angesprochen. Wir haben sie mit der Gewerkschaft, aber auch in anderen Runden schon oft einzeln besprochen. Ich würde jetzt ungern auf jeden Aspekt eingehen.

Die Frage der Ballungsraumzulage ist vielleicht bei mir gar nicht so richtig adressiert. Da gibt es viel Für und Wider, wir haben das vielfach besprochen. Die Einzige, die das in Deutschland macht, ist die Stadt München; in Bayern ist das Mietgefälle zum Land noch krasser als in Hessen.

Sie haben beim Rhein-Main-Gebiet, um es einmal mit einem Satz abzubilden, das große Problem, dass Sie diesen Ballungsraum kaum noch eingrenzen und keine Linie ziehen können, wo er anfängt und wo er aufhört. Der Ballungsraum geht fast bis in die Heimat von Herrn Holschuh und endet vermutlich irgendwo zwischen Gießen und Marburg. Das sind inzwischen zwei Drittel der Bevölkerung des Landes. Daher ist dies eine ernsthafte Überlegung, die wir immer wieder in unsere Erwägungen aufnehmen, die aber am Ende zu keinem befriedigenden Ergebnis führt.

Das ist ein ganzer Strauß an Themen, und wenn ich ihn zusammenbinde ist vieles in Ihrem Antrag richtig formuliert, aber vieles ist aus meiner Sicht auch sehr verkürzt und etwas holzschnittartig dargestellt; manches entspricht auch nicht mehr ganz der Zeit und der Realität. Was die Personalgewinnung angeht: Sie ist unterschiedlich herausfordernd. Wir haben genug Stellen für alle Anstalten; das ist ein Zustand, der für den öffentlichen Dienst erst einmal nicht schlecht ist. Sie sind unterschiedlich leicht und gut zu besetzen.

Wir haben aber in der jüngeren Vergangenheit, um das noch zu erwähnen, wirklich sehr gute Erfahrungen mit den sogenannten Karrieretagen gemacht, an denen Kolleginnen und Kollegen vom AVD, aber auch von den Fachdiensten, Interessentinnen und Interessenten ganz gezielt ihr Arbeitsumfeld zeigen und sich dafür die Zeit nehmen. Alle Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter berichten, dass sie damit eigentlich die höchste Trefferquote haben. Wir haben das zuletzt wieder in der JVA Frankfurt am Main III gehabt. Das ist ein schwieriger Markt zur Gewinnung neuer Beschäftigter, weil es Frankfurt ist. Die Erfahrungen waren auch dort wieder sehr gut, weil unsere

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich die besten Zeugen dafür sind, dass der Justizvollzug eine tolle Tätigkeit sein kann; das geben auch unsere Zahlen her.

Wenn es so schrecklich wäre, wie es manche darstellen, müssten uns die Menschen in Scharen davonlaufen. Das Gegenteil ist richtig: Viele kennen den Vollzug nicht, weil er hinter Mauern stattfindet, aber dann, wenn sie ihn kennenlernen, über persönliche Kontakte oder weil sie eine berufliche Veränderung durchmachen, können sie dort glücklich werden. Im letzten Sommer habe ich mich mit mehreren Personen in Mittelhessen unterhalten, die nach der Kaufhof-Karstadt-Pleite etwas Neues gesucht haben; sie sind im Justizvollzug in kurzer Zeit sehr glücklich geworden; und auch für sie gilt: Das Nettogehalt ist besser als vorher. Natürlich ist der Schichtdienst herausfordernd, aber sie haben unisono hervorgehoben, dass da ein toller Zusammenhalt, ein hohes Maß an Kollegialität ist. Etwas für den Staat zu leisten, weil sie im sicherheitsrelevanten Bereich arbeiten, gibt vielen ein gutes Gefühl.

Das heißt im Ergebnis: Dieser Antrag hat ein bisschen Schlagseite. Aus meiner Sicht ist nicht alles darin falsch, aber er zeichnet ein Bild des Vollzugs, das in vielen Fällen doch nicht mit der Realität übereinstimmt; das ist meine Bemerkung dazu.

Der **Vorsitzende** schließt die Aussprache und verabschiedet Frau Wilma Volkenand.

Im Folgenden fasst der Ausschuss den

Beschluss:

RTA 21/14 – 30.10.2025

Der Rechtspolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen AfD, Enthaltung Freie Demokraten)

Berichterstattung: Markus Fuchs

Beschlussempfehlung: Drucks. 21/2932

Zuvor kam der Rechtspolitische Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(einvernehmlich)

(Schluss des öffentlichen Teils 11:43 Uhr)